

Anima-ev WPSEU 118/2019

Berlin, 15. Mai 2019

1. Allgemeine Verwaltung und Gesetzgebung

Frage:

Artikel 13 AEUV fordert als Grundsatz bei der Festlegung und Durchführung der EU-Politik den Erfordernissen des Wohlergehens der Tiere als fühlende Wesen in vollem Umfang Rechnung zu tragen. Dieser Grundsatz lässt sich bei dem tatsächlichen erfolgenden Handeln auf EU-Ebene jedoch in nahezu keiner Weise wiederfinden. Stattdessen besteht der Eindruck, dass Tierwohl sich stets rein wirtschaftlichen Interessen unterzuordnen hat.

a) **Werden Sie sich vor diesem Hintergrund dafür einsetzen, dass den Bedürfnissen von Tieren als empfindungsfähigen Lebewesen in der Schwerpunktsetzung sowie in Verordnungen und Richtlinien der EU angemessen Rechnung getragen wird?**

Antwort:

Die europäischen Verträge und damit auch der Artikel 13 AEUV sind die Grundlage unseres politischen Handelns in der Europäischen Union. Tierschutz muss in allen Politikbereichen eine wichtige Querschnittsrolle spielen. Dafür setzen wir uns als SPD ein.

Für ein qualitativ hochwertiges und stringentes Handeln ist es erforderlich, dass konkrete Rechts- bzw. Politikbereiche zu einem Politikfeld zusammengefasst werden. Während dies bspw. im Bereich des Umweltschutzes bereits etabliert ist, wird der Tierschutz bislang in unzähligen Unterabteilungen, Ausschüssen und auf mehrere Direktionen aufgeteilt bearbeitet.

b) **Werden Sie sich dafür einsetzen Tierschutzpolitik als eigenständigen EU-Politikbereich zu etablieren, der unabhängig von anderen wirtschaftlichen Interessen rein im Sinne des Tierwohls agiert?**

Antwort:

Tierschutz ist eine Querschnittsaufgabe, die viele Politikbereiche betrifft. Als SPD setzen wir uns dafür ein, dass er eine hervorgehobene Rolle spielt und aus seinem Nischen-Dasein kommt.

c) *Werden Sie sich zur Harmonisierung der Gesetzgebung der einzelnen Mitgliedsstaaten für ein europäisches Tierschutzrahmengesetz einsetzen, das von „Heimtieren“ über „Nutztiere“ bis hin zu „Wildtieren“ den bestmöglichen Schutz sämtlicher Tiere gewährleistet?*

Antwort:

In mehreren Gesprächen und Anträgen haben wir uns als SPD bei der EU-Kommission für eine europäische Tierschutzstrategie, die alle Tiere umfasst, eingesetzt. Dies ist für uns der erste Schritt hin zu einer europäischen Tierschutzrahmengesetzgebung. Die bereits vorhandene Gesetzgebung muss strikt umgesetzt und gegebenenfalls verbessert sowie entsprechende Sanktionen bei Nichteinhaltung verhängt werden.

2. Massentierhaltung

Frage:

Innerhalb der EU besteht Konsens darüber, dass Tierschutz ein generelles Anliegen und ein moralischer Grundwert der europäischen Völker ist, dennoch bestehen keine ausreichenden Gesetzesvorgaben zur Umsetzung auf europäischer Ebene.

a) *Werden Sie sich unter Berücksichtigung des Art 13 AEUV dafür einsetzen für alle Arten von „Nutztieren“ konkrete Vorschriften zu Zucht, Haltung, Transport und Schlachtung zu erarbeiten und zu erlassen?*

Antwort:

Die europäische Richtlinie 98/58/EG des Rates vom 20. Juli 1998 über den Schutz landwirtschaftlicher Nutztiere legt die Grundregeln für den Schutz von allen Tieren fest, die zur Erzeugung von Nahrungsmitteln, Wolle, Häuten oder Fellen oder zu anderen landwirtschaftlichen Zwecken gezüchtet oder gehalten werden. Für Kälber, Mast- und Legehühner sowie Schweine gibt es noch zusätzliche Richtlinien.

Deshalb fordern wir eine konsequente Umsetzung dieser Richtlinien zum Wohl der Tiere. Tierschutz muss für alle landwirtschaftlichen Nutztiere gleichermaßen gelten.

In Deutschland gibt es schon seit 2014 gesetzliche Vorgaben für Kaninchen im Rahmen der Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung. Leider fehlen in vielen Mitgliedstaaten, in welchen ein Großteil der Tiere gehalten wird, entsprechende Vorgaben.

Deshalb hat die SPD bereits 2017 in einem Initiativbericht die EU-Kommission dazu aufgefordert, einen Gesetzesvorschlag hinsichtlich europäischer Mindeststandards bei der Zucht und Mast von Kaninchen vorzulegen und werden dieses Ziel auch in der nächsten Legislaturperiode verfolgen.

Die SPD setzt sich auch weiter dafür ein, dass es strenge und verbindliche Haltungsvorgaben für alle Nutztiere gibt und dass diese dementsprechend auch umgesetzt werden. Bei einer Nicht-Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben müssen entsprechende Sanktionen folgen. Dasselbe Prinzip gilt auch für die Verordnungen zu Transport (VO 1/2005) und Schlachtung (VO 1099/2009).

Tiere in der industriellen Landwirtschaft werden auf Höchstleistung gezüchtet, die Haltungsbedingungen werden nicht an die Tiere angepasst, sondern die Tiere an die Haltungsbedingungen, was zu diversen Gesundheitsproblemen führt (am Beispiel von Kühen z.B. Eutererkrankungen, Klauenerkrankungen etc.)

b) Werden Sie sich für ein EU-weites Verbot von offensichtlich qualvollen Haltungsbedingungen, wie z. B. der betäubungslosen Kastration von Ferkeln oder Amputation von Schwänzen und Schnäbeln, einsetzen?

Antwort:

Im deutschen Tierschutzgesetz steht bereits, dass ein schmerzhafter Eingriff bei einem Wirbeltier nicht ohne Betäubung durchgeführt werden darf. Die SPD setzt sich dafür ein, dass dies auch EU-weit gilt.

Obwohl der jährliche Pro-Kopf-Verbrauch von Fleisch seit einigen Jahren rückläufig ist, steigen die Produktions- und Exportzahlen von Fleisch weiterhin an. Nach Wegfall der „Milchquote“ Ende 2015 sind zudem wieder deutliche Überproduktionen von Milchprodukten und Preisverfall feststellbar. Es häufen sich die Berichte von Lagerhallen voller nicht verkaufter Milchprodukte.

c) Werden Sie sich dafür einsetzen, die aktuelle EU-Exportorientierung von tierischen „Produkten“ aufzulösen und die Produktionsmenge dem tatsächlichen Verbrauch innerhalb der EU anzupassen?

Antwort:

Wir setzen uns für einen fairen und nachhaltigen Agrarhandel ein. Die Europäische Union wird größtenteils geprägt von einer kleinbäuerlichen Landwirtschaft. Dass Europa die Welt ernähren müsse, ist eine Mär. Deshalb setzen wir uns für eine regionale Versorgung mit Lebensmitteln mit kurzen Lieferketten ein. Überproduktion schadet den europäischen und internationalen Bauern und Bäuerinnen sowie der Umwelt.

3. Landwirtschaft

Frage:

Der Landwirtschaftsbereich ist der größte Subventionsempfänger innerhalb der EU; fast 50 Prozent des EU-Haushalts werden für die Landwirtschaft ausgegeben. Gleichzeitig stellt die Landwirtschaft den drittgrößten Sektor von Treibhausgasemissionen innerhalb der EU dar. Durch ökologischen Landbau kann der CO₂-Ausstoß pro Hektar um bis zu 50 Prozent reduziert werden, da auf mineralische Dünger und chemisch-synthetische Pflanzenschutzmittel verzichtet wird (Quelle: UBA, 2017).

a) Werden Sie sich für die Abschaffung umwelt- und klimaschädlicher Subventionen einsetzen?

Antwort:

Agrarsubventionen müssen in Zukunft den Grundsatz „öffentliche Gelder für öffentliche Leistungen“ erfüllen. Das bedeutet, dass LandwirtInnen künftig für Umwelt-, Klima- oder Tierschutzleistungen, die über dem gesetzlichen Maß liegen, bezahlt werden. Diese Leistungen stellen einen Mehrwert für die gesamte Gesellschaft dar.

b) Werden Sie sich stattdessen für eine Landwirtschaft einsetzen, die deutlich weniger Energie, Ressourcen und Flächen verbraucht?

Antwort:

Für dieses Ziel setzt sich die SPD bereits im Europäischen Parlament ein. Unser Ziel ist es, mindestens 30 % der Gelder in der 1. Säule dafür in der aktuellen Reform der GAP verbindlich zu reservieren. Gleichzeitig fordert die SPD eine EU-weit einheitliche, verbindliche Deckelung der bisherigen Direktzahlungen.

Wir stehen dafür, dass die Leistungen für Umwelt-, Klima- und Tierschutzziele von Deckelungsgrenzen unberührt sind, denn hier zählt jeder Hektar. Die europäische Landwirtschaft könnte durch ein verändertes Fördermodell nachhaltiger werden und so auch weniger Energie, Ressourcen und Flächen verbrauchen.

Die Landwirtschaft ist nicht nur eine Hauptquelle klimarelevanter Treibhausgase, wie z. B. Methan, sowie von Luftschadstoffen, wie Ammoniak, sondern auch Hauptgrund für Boden- und Grundwasserverunreinigung, bspw. durch einen Übergebrauch von Nitrat. Deutschland, aber auch andere EU-Mitgliedsstaaten, hinken einer geeigneten Klimagesetzgebung und den gemeinschaftlichen Verpflichtungen zur Boden- und Grundwasserreinhaltung hinterher.

c) Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Mitgliedsstaaten künftig bei der Luft-, Boden- und Grundwasserreinhaltung sowie der Klimagesetzgebung ihren gesetzlichen Verpflichtungen nachkommen und Verstöße umgehend mit Sanktionen geahndet werden?

Antwort:

Die SPD setzt sich für die konsequente Umsetzung der EU-Regeln für Luft-, Boden- und Grundwasserreinhaltung sowie der Klimagesetzgebung in den Mitgliedsstaaten der EU ein.

4. Forschung

Frage:

Eine Vielzahl an Umfragen belegt, dass die Bevölkerung der Durchführung von Tierversuchen sehr kritisch gegenübersteht. Während ein konkreter Nutzen von Tierversuchen oftmals grundsätzlich nicht erkennbar ist (z. B. Grundlagenforschung) oder die Ergebnisse von Tierversuchen nicht auf den Menschen übertragbar sind, werden eine Vielzahl von tierversuchsfreien Alternativmethoden nach wie vor gemieden oder gar blockiert (z. B. In-Vitro-Forschung, Mikro- bzw. Biochips, Toxikogenomik). So kann bspw. bei der Zulassung eines Medikamentes auf einen Tierversuch nur dann verzichtet werden, wenn eine Validierung der entsprechenden tierversuchsfreien Methode zu demselben Ergebnis führte wie der Tierversuch – der Tierversuch selbst bzw. seine Übertragbarkeit auf den Menschen erfordert hingegen keine Validierung.

a) **Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Tierversuche verboten werden, die nicht unmittelbar lebenswichtigen Interessen des Menschen dienen (z. B. Grundlagenforschung, Prüfung von Konsumprodukten, Prüfung von Produkten, die zwar der menschlichen Gesundheit zugutekommen, für die es aber bereits vergleichbar wirksame Ersatzprodukte gibt)?**

Antwort:

Tierversuche sollten nur stattfinden, wenn sie unumgänglich sind. Für zweckfreie Grundlagenforschung, die keinen Nutzen für die Gesundheit von Menschen, Tiere oder Umwelt erbringt, sollten keine Tierversuche gestattet werden. Trotzdem müssen wir betonen, dass Grundlagenforschung durchaus sinnvoll sein kann. In jedem Fall muss mit einer Projektbeurteilung über den Einsatz von Tierversuchen entschieden werden. Für kosmetische Mittel gilt bereits ein EU-weites Tierversuchsverbot. Wir Sozialdemokraten setzen uns dafür ein, dass dieses Verbot auch weltweit gelten soll. Aber in einigen Bereich der Medizin und Forschung sind Tierversuche noch nicht zu ersetzen. Wir Sozialdemokraten wollen die Anzahl der Tierversuche verringern und setzen uns für eine gezielte Förderung der 3R-Methode ein, die bereits in der Tierversuchsrichtlinie verankert ist. Das heißt, Tierversuche vollständig zu ersetzen (Replacement) oder - falls dieses nicht möglich ist - zumindest die Anzahl der betroffenen Tiere (Reduction) bzw. deren Belastung (Refinement) zu verringern.

b) **Werden Sie sich für die Einsetzung von Steuerungsinstrumenten engagieren, die den Fokus der Forschung auf die Entwicklung und Anwendung von alternativen Forschungsmethoden legt, die ohne das „Nutzen“ von Tieren auskommt (z. B. Förderung alternativer Forschungen in höherem Maße als Tierversuche, nationalstaatliche Zielvorgaben, Monitoring)?**

Antwort:

Die SPD unterstützt die europäische Förderung für tierversuchsfreie Forschung. Im Programm „InvestEU“ wird bei den förderfähigen Forschungsbereichen ausdrücklich auf diesen Bereich Bezug genommen: „neue wirksame und zugängliche Gesundheitsprodukte, einschließlich Arzneimittel, medizinischer Geräte, Diagnostika und Arzneimittel für neuartige Therapien, neuer antimikrobieller Wirkstoffe und innovativer Entwicklungsverfahren, bei denen Tierversuche vermieden werden.“ Alternative Methoden zu Tierversuchen müssen gefördert werden.

5. Bildung und Verbraucherschutz

Frage:

Die Deutsche Gesellschaft für Ernährung (DGE) rät zu einem wöchentlichen Fleischverzehr von maximal 300 g bis 600 g. Der durchschnittliche Pro-Kopf-Verbrauch von Frauen in Deutschland beträgt 600 g, der von Männern 1.100 g. Mit einher geht eine Vielzahl ernährungsbedingter Zivilisationskrankheiten wie z. B. Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Diabetes mellitus Typ 2 und Dickdarmkrebs.

a) Werden Sie sich dafür einsetzen, den EU-weiten Fleischkonsum (bspw. durch Informationskampagnen) zu reduzieren?

Antwort:

Der EU-weite Fleischkonsum muss reduziert werden. Unser aktuelles Konsumverhalten ist nicht nachhaltig, das gilt auch für unsere Ernährung. Wir wollen EU-Subventionen zielgerichtet für nachhaltige Landwirtschaft einsetzen. Besonders im Fokus steht für uns die artgerechte Weidehaltung.

Die Internationale Agentur für Krebsforschung (IARC) der Weltgesundheitsorganisation (WHO) hat im Jahr 2015 verarbeitetes Fleisch als „krebserregend“ eingestuft (Gruppe 1). Es steht damit in einer Gruppe wie Arsen, Asbest oder Tabak. Unverarbeitetes Fleisch wurde als „wahrscheinlich krebserregend“ (Stufe 2A) eingestuft. Im Vergleich zu anderen krebserregenden Stoffen, können entsprechende Fleischprodukte jedoch ohne jeglichen Warnhinweise beworben und verkauft werden. Auch existieren keine nennenswerten staatlichen Informationskampagnen zu dieser Gesundheitsgefahr

b) Werden Sie Kampagnen der EU forcieren und/oder unterstützen, die auf die Gesundheitsgefahren des Verzehrs bestimmter Fleischprodukte und die Vorteile einer pflanzenorientierten Lebensweise hinweisen?

Antwort: Aufklärung ist wichtig. Daher werden wir Sozialdemokraten Informationskampagnen unterstützen, um den Menschen bewusst zu machen, wohin übermäßiger Fleischverzehr hinsichtlich der menschlichen Gesundheit und der Umwelt führen kann. Eine Bevormundung der Verbraucherinnen und Verbraucher oder gar Verbote halten wir für nicht zielführend.

Eine Vielzahl von tierischen Produkten suggeriert auf deren Verpackung den Eindruck, dass diese unter gänzlich unproblematischen Bedingungen hergestellt wurden (z. B. Kühe auf grünen Wiesen, Schweine, Puten und Hennen in reinen Ställen mit durchgängig frischem Strohbelaag, Tageslicht und mehreren Quadratmetern Freiraum). Tatsächlich stammen die meisten tierischen Produkte aus der industriellen Massentierhaltung, die derartige Haltungszustände nicht vorweisen kann. Das stellt irreführende Werbung dar.

c) Werden Sie ein Verbot irreführender Werbungen, Produktbezeichnungen und Packungsangaben unterstützen?

Antwort:

Wir Sozialdemokraten setzen uns ein für den Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher ein. Dazu gehört auch der Schutz vor irreführender Werbung. Traditionelle und teilweise über hundert Jahre alte Bezeichnungen für bestimmte Lebensmittel wie beispielsweise Leberkäse, Katzenzungen oder Gummibärchen sehen wir jedoch davon nicht erfasst.

Die Anzahlung von Menschen, die in ihrer Ernährung auf tierische Produkte und Inhaltsstoffe verzichten wollen, steigt stetig an. Häufig beinhalten Lebensmittel jedoch „versteckte“ Inhaltsstoffe tierischen Ursprungs. Die Lebensmittelinformationsverordnung ermöglicht nur eine freiwillige Kennzeichnung von Inhaltsstoffen aus tierischen Quellen. Für Verbraucherinnen und Verbraucher besteht hierdurch eine große Unsicherheit. Zwar wurde die Kommission bereits im Jahr 2011 verpflichtet verbindliche Definitionen der Begriffe „vegetarisch“ und „vegan“ zu schaffen, kam dieser Verpflichtung jedoch bislang nicht nach. Eine entsprechende Kennzeichnungspflicht liegt daher noch in weiter Ferne.

d) Werden Sie sich für eine verbindliche Deklarationspflicht von tierischen Inhaltsstoffen und vegetarischen beziehungsweise veganen Produkten einsetzen?

Antwort:

Wir Sozialdemokraten halten die seit knapp fünf Jahren geltenden Regeln zur Angabe von Inhaltsstoffen bei Lebensmitteln derzeit für ausreichend. Die freiwillige Angabe auf Produkten, ob diese vegetarisch oder vegan sind, begrüßen wir, da diese der betreffenden Gruppe von Verbraucherinnen und Verbrauchern schnell und übersichtlich nützliche Informationen liefern.

Der Europäische Gerichtshof hat 2017 entschieden, dass pflanzliche Alternativen zu Milchprodukten nicht mehr Bezeichnungen wie „Rahm“, „Sahne“, „Butter“, „Käse“ oder „Joghurt“ enthalten dürfen. Zur Begründung verwiesen die Richter auf eine Verwechslungsgefahr für Verbraucherinnen und Verbraucher, auch wenn solchen Produkten Zusätze wie „vegan“, „vegetarisch“ oder „veggy“ vorangestellt sind. Derartige Bestimmungen würden Klarheit und faire Bedingungen für Erzeuger, Händler sowie Verbraucher schaffen und gleiche Qualitätsstandards sicherstellen. Aktuell existieren ähnlich Bestrebungen für pflanzliche Alternativen zu Fleischprodukten. Vermeintlich gleichfalls irreführende Produktbezeichnungen, wie z. B. Leberkäse (beinhaltet weder Leber noch Käse), „Einhorn-Bratwürste“ (rosa-farbene Bratwurst aus Schweinefleisch), Sonnen- oder Scheuermilch, bleiben hingegen unangetastet.

e) Werden Sie sich weiteren Forderungen nach einem Deklarationsverbot „pflanzlichen Fleisches“ von Lobbyverbänden der Fleischindustrie widersetzen? Falls nein, werden Sie sich dafür einsetzen, sämtliche irreführende Produktbezeichnungen (wie die eingangs exemplarisch erwähnten) abzuschaffen?

Antwort:

Auf EU-Ebene gibt es derzeit keine Bestrebungen, ein Deklarationsverbot für „pflanzliches Fleisch“ durchzusetzen. Wir Sozialdemokraten setzen uns ein für den Erhalt traditioneller und teilweise über hundert Jahre alter Bezeichnungen für bestimmte Lebensmittel wie beispielsweise Leberkäse, Katzenzungen oder Gummibärchen ein.

6. „Wildtiere“

Frage:

Die Koexistenz von Mensch und „Wildtier“ ist ohne Frage möglich. Wolf und Weidehaltung im gleichen Gebiet schließen sich nicht gegenseitig aus, es ist hingegen eine finanzielle und praktische Unterstützung der Weidetierhalter nötig, um sich an die sich ändernden Gegebenheiten anzupassen.

- a) **Werden Sie sich jedem Versuch, das geltende EU-Umweltrecht aufzuweichen und zum Beispiel der Herabstufung des Schutzstatus des Wolfs zuzustimmen widersetzen? Sorgen Sie für die Aufrechterhaltung und die konsequente Umsetzung des Schutzstatus des Wolfs?**

Antwort:

Der Erhaltungszustand von Wölfen sollte nicht nur auf nationalstaatlicher sondern auf europäischer Ebene bewertet werden. Im Herbst 2019 wird die EU-Kommission nach aktuellen Zahlen der Mitgliedstaaten eine Neubewertung des Erhaltungszustands des Wolfes vornehmen. Die Mitgliedstaaten können bereits jetzt im Einklang mit der Habitatrichtlinie geeignete Maßnahmen ergreifen, um Konflikte mit großen Beutegreifern zu reduzieren. Die geltende Habitatrichtlinie sollte nicht verändert werden.

Die Anzahl der Insekten sowie auch die Artenvielfalt an sich hat in den letzten Jahren rapide abgenommen. Insekten sind ein unersetzbarer Teil der Nahrungsketten, durch ihre Bestäubertätigkeit von immensem Wert für die Landwirtschaft und damit die Nahrungsgrundlage der Menschen

- b) **Werden Sie sich für europaweite Maßnahmen zum Erhalt der Artenvielfalt (z. B. biologische Schädlingsbekämpfung, Verbot bzw. Eindämmen besonders aggressiver Insektizide wie Neonicotinoide, Einsatz von Blühstreifen, Verzicht auf Monokulturen, Wildbienenenschutz etc.) einsetzen?**

Antwort:

Die Erhaltung der Artenvielfalt ist eines der drängendsten globalen Probleme. Der aktuelle Abschlussbericht des Weltbiodiversitätsrat IPBES hat dies deutlich gezeigt. Als SozialdemokratInnen setzen wir uns ganz klar für eine Neuausrichtung der EU-Agrarpolitik ein. Der Tier-, Natur- und Klimaschutz sowie die Wahrung ökologischer und sozialer Standards müssen in Zukunft stärker die Grundlage für die Förderung der europäischen Landwirtschaft sein. Wir wollen, dass das Prinzip „öffentliches Geld für öffentliche Güter“ umgesetzt wird. Das bedeutet, dass LandwirtInnen künftig in erster Linie für Umwelt-, Klima- oder Tierschutzleistungen, die über dem gesetzlichen Maß liegen, bezahlt werden. Die SPD ist der Meinung, dass das Zulassungsverfahren von Pestiziden verbessert werden muss und setzt sich dafür ein, dass dies in einem unabhängigen, objektiven und transparenten Verfahren geschieht

Die Einfuhr von exotischen Tieren oder Trophäen gefährdet häufig den Bestand bedrohter und geschützter Tierarten. Der Handel mit Elfenbein ist durch Schlupflöcher ("antikes Elfenbein") nach wie vor möglich, auch für lebende exotische Tiere werden hohe Summen bezahlt, obwohl die Haltungsbedingungen nur in den wenigsten Fällen artgerecht gestaltet werden können und viele der Tiere unter grausamen Umständen aus der Wildnis hierher transportiert werden.

c) Werden Sie sich für ein europaweites generelles Verbot des Elfenbeinhandels sowie für ein Verbot von Import, Besitz und Verkauf von Tieren und „Trophäen“, die in ihrem Heimatland illegal eingefangen, getötet oder exportiert wurden, starkmachen?

Antwort:

Trophäenjagd hat zu einem massiven Rückgang der in den Anhängen I und II des CITES gelisteten gefährdeten Arten beigetragen. Wir Sozialdemokraten setzen uns dafür ein, dass die Ausnahmegenehmigungen für alle Jagdtrophäen von im CITES aufgeführten Arten abgeschafft werden. Wir Sozialdemokraten setzen und für ein EU-weit verbindliches, umfassendes und dauerhaftes Verbot des gesamten Außenhandels mit Elfenbein und für ein Verbot des Handels mit Elfenbein innerhalb des EU-Binnenmarktes ein.

Wildtiere haben sehr hohe Bedürfnisse in Sachen Haltung, Unterbringung und Auslauf, deren artgerechte Erfüllung in Zirkussen ausgeschlossen ist. Laut einer Studie des ZDF lehnt die Mehrheit der Deutschen Wildtiere in Zirkussen aus diesen Gründen ab. Zahlreiche EU- und Nicht-EU-Länder haben bereits ein Wildtierverbot in Zirkussen gesetzlich festgelegt. Einige Länder, wie bspw. Griechenland und Kroatien, verbieten sogar gänzlich den Einsatz von Tieren in Zirkussen. Der EU-Kommissar für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit, Vytenis Andriukaitis, sagte 2015, dass „die Möglichkeit besonderer EU-Vorschriften zur Haltung von Wildtieren in Gefangenschaft oder das Verbot von Wildtieren in Zirkussen (zu erlassen) [...] in Erwägung gezogen werden“.

d) Werden Sie sich für die Einführung einer EU-Verordnung einsetzen, welche die Haltung von „Wildtieren“ in Gefangenschaft und das Verbot der Haltung von „Wildtieren“ in Zirkussen regelt?

Antwort:

Die SPD ist gegen die die Haltung wildlebender Tierarten im Zirkus wie Affen, Elefanten und Giraffen. Wichtig erscheint uns außerdem, dass die Einfuhr von Wildfängen für den kommerziellen Leberdierhandel in die Europäische Union verboten wird, wenn es sich um gefährdete Arten handelt.

7. „Haustiere“

Frage:

Vornehmlich in Osteuropa werden Hundewelpen unter grausamen Bedingungen gezüchtet, im Alter von nur wenigen Wochen ihren Müttern entrissen, quer durch Europa transportiert und über das Internet verkauft. Die sogenannten "Vermehrerhunde" werden in verdreckten, engen Käfigen gehalten. Je öfter die Hündinnen werfen, desto lukrativer. Die Tiere bekommen wenig und schlechtes Futter, medizinische Betreuung gibt es keine. Nach vier, fünf Jahren können die Hündinnen keinen Nachwuchs mehr bekommen und sind somit wertlos. Sie werden ausgesetzt oder brutal umgebracht.

Werden Sie sich für eine Verpflichtung von Online-Händlern zur Prüfung von Anbietern auf deren Identität (z. B. Welpenverkauf auf eBay Kleinanzeigen) einsetzen?

Antwort:

Wir wollen eine neue europäische Tierschutz-Strategie erarbeiten und umsetzen. Dazu gehört unter anderem ein Verkaufsverbot von Haustieren im Internet. Die Sozialdemokraten fordern, dass die Kommission und die Mitgliedstaaten Strategien zur Regulierung oder Selbstregulierung von Online-Haustieranzeigen entwickeln, um irreführende Werbung zu unterbinden. Durch die im April 2019 abgestimmte Richtlinie zur Modernisierung von Verbraucherrechten konnten wir mehr Plattformtransparenz für Kundinnen und Kunden schaffen. Damit werden Nutzer auch besser vor dem Risiko des Kaufs von Katzen und Hunden geschützt. Das Bewusstsein potenzieller Käufer und Online-Dienstleister muss zudem geschärft werden, um den illegalen Verkauf von Haustieren und die damit verbundenen niedrigen Tierschutzstandards zu unterbinden.

8. Umwelt- und Naturschutz

Frage:

Die Einhaltung der Klimaschutzziele des Übereinkommens von Paris ist von großer Wichtigkeit, um die katastrophalen Folgen des Klimawandels noch annähernd überschaubar und beherrschbar zu halten. Dennoch hinken die aller meisten EU-Staaten dem Klimaschutz hinterher und verfehlen ihre eigenen Zielsetzungen. Ohne zielstrebige und umgehende Maßnahmen werden für Mensch und Tier verheerende Leiden eintreten.

a) Werden Sie sich dafür einsetzen, dass der Klimaschutzpolitik in der nächsten Legislatur des Europäischen Parlaments die oberste Priorität eingeräumt wird?

Antwort:

Die SPD steht für eine Umsetzung der Klimaschutzziele von Paris und wird dies zu einer ihrer Prioritäten in der kommenden Legislatur machen. Das Pariser Abkommen fordert von allen Vertragsparteien, ihre nationalen Beiträge zu überprüfen und nach oben zu korrigieren. Wir haben uns frühzeitig für eine Anhebung des EU-Klimaziels für 2030 ausgesprochen. Dabei wollen wir den Wandel hin zu einer klimafreundlichen Politik sozialverträglich gestalten und Umbrüche in besonders betroffenen Regionen und Sektoren begleiten. Außerdem wollen wir die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen und deutschen Industrie wahren, und gezielt

klimaschonende Technologien fördern. Wir fordern zudem, dass die Anpassungen des Emissionshandels auch in Zukunft an den Zielen des Pariser Abkommens ausgerichtet werden und die fünfjährigen Bestandsaufnahmen der UN-Klimarahmenkonvention berücksichtigen.

b) Werden Sie sich für natürliche Maßnahmen einsetzen oder Maßnahmen unterstützen, die einen Entzug von CO₂ aus der Atmosphäre vorantreiben, wie z. B. großflächige Aufforstungen, langfristige stoffliche Nutzung von Biomasse statt deren Verbrennung, Einarbeitung von Holzkohle in Ackerböden (Terra preta)

Antwort:

Die SPD unterstützt Anstrengungen, natürliche CO₂-Senken zu erhalten und zu erweitern. Dabei spielen Wälder und Böden eine zentrale Rolle. Wir unterstützen zudem die vermehrte Nutzung bewährter und innovativer natürlicher Maßnahmen, die einen Beitrag zum Entzug von CO₂ aus der Atmosphäre leisten.

Plastikabfälle und Mikroplastik lagert sich in allen Bereichen unserer Umwelt an und sorgt bereits heute für massive Umweltverschmutzung, Tierleid und Gesundheitsgefahren. Mikroplastik wurde inzwischen selbst im antarktischen Eis gefunden, Tiere verenden an Mägen voller Plastikmüll, es reichert sich in den Nahrungsketten an und kann selbst in jedem menschlichen Körper nachgewiesen werden. Schätzungen zufolge gelangen jedes Jahr ca. 8 Millionen Tonnen Plastik in die Weltmeere. Und dennoch wird die Plastikproduktion weiter gesteigert – nach aktuellem Stand wird die weltweite Plastikproduktion in den nächsten 10 Jahren um 40 Prozent zunehmen. Das entspricht im Jahr 2030 einer Menge von 16 Millionen Tonnen und im Jahr 2050 einer Menge von 32 Millionen Tonnen, die jährlich in die Weltmeere gelangen.

c) Werden Sie sich für umfassende Maßnahmen zu einer deutlichen Reduzierung des Plastikaufkommens in unserer Umwelt einsetzen oder solche Maßnahmen unterstützen (z. B. Einführung einer EU-weiten Plastiksteuer, EU-weites Verbot jeglichen Einwegplastiks, Einführung von verpflichtenden und stetig steigenden Recyclingquoten für alle Mitgliedsstaaten, Einführung einer Verpflichtung von Herstellern zur Rücknahme von Recyclingabfall)?

Antwort:

Die SPD ist der Überzeugung, dass der Vermüllung der Umwelt und insbesondere der Meere durch Einwegkunststoffprodukte ein Ende bereitet werden muss. Mit der 2018 veröffentlichten "Plastik-Strategie" und der Richtlinie zu Einwegkunststoffen hat die Europäische Union den Kampf gegen die Plastikflut aufgenommen.

Im Europäischen Parlament hat eine progressive Koalition aus Sozialdemokraten und anderen Kräften trotz erheblichen Drucks von Interessenvertretern erreicht, dass umfassende Verbote in Kraft treten. Die Einwegkunststoffartikel, die unter Maßnahmen im Rahmen der Richtlinie fallen, machen etwa 86 % aller Einwegkunststoffe aus, die bei Müllzählungen an Stränden in der Europäischen Union vorgefunden wurden. Neben Verboten sieht die Richtlinie auch die Einführung von Sammelquoten und eine erweiterte Herstellerverantwortung zur Übernahme von Kosten für Reinigungsmaßnahmen und Informationskampagnen vor.

Auf Grundlage regelmäßiger Überprüfungen der Wirksamkeit der erlassenen Maßnahmen sollten sukzessive weitere Produkt(-gruppen) in den Anwendungsbereich der Richtlinie aufgenommen werden. Auch in Bezug auf verbindliche und ambitionierte Recyclingquoten und Reduktionsziele sieht die SPD noch Nachbesserungsbedarf.

Der Vorteil der Maßnahmen gegenüber einer allgemeinen Plastik-Steuer liegt in der Zielgerichtetheit. Eine generelle Steuer wirkt zudem einkommensunabhängig und belastet damit in besonderem Maße die sozial schwächer gestellten Bürgerinnen und Bürger.